

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG
(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

Wochenbericht

29. Jahrgang

Berlin, den 10. August 1962

Nummer 32

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig

Liberalisierung des Arbeitsmarktes in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft

Maßnahmen zur Liberalisierung des Arbeitsmarktes

Die vom Rat der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft am 16. August 1961 erlassene Verordnung Nr. 15 enthält die ersten Maßnahmen zur Herstellung der Freizügigkeit der Arbeitnehmer innerhalb der Gemeinschaft, die eines der im Gründungsvertrag der EWG gesetzten Ziele darstellt. Zu diesen Maßnahmen, die weitgehend bereits bestehenden innerstaatlichen oder zwischenstaatlichen Regelungen entsprechen, gehört insbesondere die Gleichstellung von ausländischen Arbeitnehmern aus Mitgliedstaaten mit inländischen Arbeitnehmern in bezug auf sämtliche Arbeitsbedingungen. Die hinsichtlich der Beschäftigungsaufnahme sowie der Befristung des Beschäftigungsverhältnisses zunächst noch eingeräumte Vorrangstellung inländischer Arbeitskräfte soll in einer bis zum September 1962 auszuarbeitenden Verordnung durch weitere Liberalisierungsmaßnahmen nach und nach aufgehoben werden.

Die gegenwärtig noch geltende Bestimmung, daß die Einstellung ausländischer Arbeitskräfte nur erfolgen darf, wenn innerhalb von drei Wochen nach Registrierung der offenen Stelle kein geeigneter inländischer Bewerber gefunden werden kann, wird z. B. in der Bundesrepublik infolge der Knappheit an einheimischen Arbeitskräften nur in verhältnismäßig seltenen Fällen wirksam werden.

Zur Erleichterung eines regionalen Arbeitsmarktausgleichs innerhalb der EWG werden die Arbeitsverwaltungen der Mitgliedstaaten angewiesen, regelmäßige Berichte und statistische Informationen über die Arbeitsmarktlage, über nach Berufen gegliederte Stellenangebote, Arbeitsgesuche und Vermittlungen zu liefern, um den Überblick über etwaige Arbeitskräfteüberschüsse oder -defizite — in regionaler wie in beruflicher Hinsicht — zu erleichtern.

Die Wanderungen von Arbeitskräften zwischen den Ländern der EWG in der Vergangenheit

Bereits in den vergangenen Jahrzehnten war zwischen den heutigen Mitgliedsländern der EWG eine nicht unerhebliche Mobilität von Arbeitskräften über die Landesgrenzen hinweg zu beobachten. So arbeiteten 1907 im damaligen Deutschen Reich 200 000 Arbeitskräfte aus den übrigen Ländern der EWG, darunter

127 000 Italiener; 1928 — nach der Unterbrechung des internationalen Arbeitskräfteausgleichs durch den ersten Weltkrieg — wurden in Deutschland allerdings nur 27 000 beschäftigte Ausländer aus den EWG-Staaten gezählt, darunter 4000 aus Italien. Nach dem zweiten Weltkrieg verstärkte sich erneut die Auswanderung aus Italien im Zusammenhang mit der dortigen Massenarbeitslosigkeit und der zunehmenden Ausschöpfung des Arbeitskräftepotentials in den Nachbarländern. So befanden sich 1959 in der Bundesrepublik unter den 87 000 beschäftigten Personen aus EWG-Ländern bereits wieder 48 000 Italiener; im gleichen Jahr arbeiteten 41 000 Italiener im belgischen Steinkohlenbergbau, während 21 000 für dauernd und 35 000 als Saisonarbeiter nach Frankreich eingewandert waren. (In den vorangegangenen drei Jahren war die Zahl der italienischen Dauer-Einwanderer nach Frankreich noch erheblich größer: 1956: 53 000, 1957: 80 000 und 1958: 51 000¹⁾).

Unter den EWG-Ländern gab von jeher Italien die meisten Arbeitskräfte an andere Länder ab, während sich der Arbeitskräfteausgleich zwischen den übrigen fünf Mitgliedsländern in erheblich engeren Grenzen hielt. Von größerer Bedeutung ist in der Bundesrepublik lediglich noch das Kontingent der Niederländer; 1959 wurden hier 29 000 niederländische Arbeitskräfte gezählt, Ende Januar 1962 war ihre Zahl auf 48 000, die der Italiener bis Ende Mai auf 259 000 angestiegen²⁾).

Die Wanderung von Arbeitskräften über die Landesgrenzen hinweg vollzieht sich — ähnlich wie die Binnenwanderung — vor allem auf der Grundlage von Unterschieden der Wirtschaftsstruktur und des Beschäftigungsniveaus. Meist sind es die Industriegebiete mit ihren vielfältigen Beschäftigungsmöglichkeiten, die eine starke Anziehungskraft auf die überschüssige Bevölkerung der Gebiete mit überwiegender oder hohem Anteil der Landwirtschaft ausüben. Dementsprechend müssen die Möglichkeiten für eine Intensivierung des Arbeitskräfteausgleichs zwischen den Ländern der EWG im Zusammenhang mit den Unterschieden der Wirtschaftsstruktur gesehen werden. Hierbei sind vor allem die im zeitlichen Vergleich sich abzeichnenden

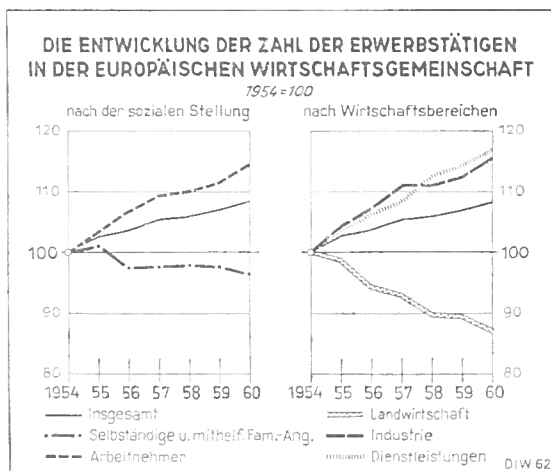
¹⁾ Zahlenangaben nach J. Schiefer: „Europäischer Arbeitsmarkt“, Baden-Baden, Bonn, 1961, S. 165 ff.

²⁾ Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Nr. 3 und Nr. 7/1962.

strukturellen Veränderungen und Entwicklungstendenzen in den einzelnen Ländern von Bedeutung.

Die Sozial- und Beschäftigungsstruktur in den EWG-Ländern

Bei der Zusammenstellung der erforderlichen statistischen Daten über die Entwicklung der Beschäftigungsstruktur in verschiedenen Ländern sieht man sich im allgemeinen dem Problem der mangelhaften Vergleichbarkeit internationaler Beschäftigungsstatistiken gegenüber. Die Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft hat zwar vergleichbare Angaben über die Erwerbstätigen in den Mitgliedsländern, gegliedert nach der Stellung im Beruf sowie nach Wirtschaftszweigen, veröffentlicht. Auch hier scheint jedoch noch nicht in allen Fällen völlige Klarheit über die begriffliche Abgrenzung zu bestehen, denn es kommt vor, daß die für das gleiche Jahr (z. B. für die Aufgliederung auf männliche und weibliche Erwerbstätige in Belgien 1958) in zwei verschiedenen Veröffentlichungen der Kommission³⁾ gegebenen Daten so erheblich voneinander abweichen, daß es sich nicht nur um eine spätere Korrektur vorläufiger Ergebnisse, sondern um eine neue statistische Abgrenzung handeln muß, wahrscheinlich im Zusammenhang mit der Erfassung der mithelfenden Familienangehörigen. Trotz gewisser, die Aussagekraft einschränkender Vorbehalte konnte aber für die Zeit von 1954 bis 1960 auf Grund der EWG-Veröffentlichungen ein Überblick über die Beschäftigungsstruktur in den Mitgliedsländern gewonnen werden; dabei wurde versucht, die in den bisher verfügbaren Statistiken noch vorhandenen Lücken durch eigene Schätzungen zu ergänzen.



Nach den Angaben der Kommission hat die Gesamtzahl der Erwerbstätigen in der Gemeinschaft von 1954 bis 1960 von 65,5 Mill. auf 71,1 Mill. zugenommen, wobei die unterschiedlichen jährlichen Steigerungen eine deutliche Abhängigkeit von konjunkturellen Schwankungen erkennen lassen. Die Zahl der Selbständigen und der mithelfenden Familienangehörigen ging in dem genannten Zeitraum absolut von 22,4 Mill. auf 21,7 Mill., relativ von 34 auf 30 vH, zurück, während sich die Zahl der Arbeitnehmer absolut von 43,1 Mill. auf 49,4 Mill., relativ von 66 auf 70 vH erhöht hat. Diese Veränderungen der sozialen Struktur hängen zum größten Teil mit den Wandlungen der Wirtschaftsstruktur, nämlich mit dem Rück-

³⁾ „Die Entwicklung der Erwerbstätigkeit in den Mitgliedstaaten (1954-1958)“, März 1961, und „Bericht über die Entwicklung der sozialen Lage in der Gemeinschaft“, Anhänge, Dokument 26-III, August 1961.

Die Sozial- und Beschäftigungsstruktur in den EWG-Ländern 1954 - 1960¹⁾

Jahr	Erwerbstätige insgesamt in 1000	nach der Stellung im Beruf in vH		nach Wirtschaftsbereichen in vH		
		Selbständige ²⁾	Arbeitnehmer	Landwirtschaft	Produz. Gewerbe	Dienstleistungen
Belgien						
1954	3 284	27,5	72,5	10,9	49,1	40,0
1955	3 335	26,9	73,1	10,7	49,5	39,8
1956	3 371	26,4	73,6	10,4	49,8	39,8
1957	3 398	26,0	74,0	10,3	50,0	39,7
1958 ³⁾	3 392	24,1	75,9	8,1	⁴⁾ 48,7	⁴⁾ 43,2
1959	3 364	23,8	76,2	7,9	⁴⁾ 48,3	⁴⁾ 43,8
1960	3 384	23,4	76,6	7,6	⁴⁾ 48,1	⁴⁾ 44,3
Bundesrepublik Deutschland						
1954	22 392	27,4	72,6	19,7	45,9	34,4
1955	23 231	26,2	73,8	18,6	46,9	34,5
1956	23 822	25,4	74,6	17,6	47,7	34,7
1957	24 276	24,9	75,1	17,0	47,8	35,2
1958	24 415	24,6	75,4	16,3	48,0	35,7
1959	24 640	24,1	75,9	15,5	48,3	36,2
1960	25 005	23,4	76,6	14,4	48,4	37,2
Frankreich						
1954	18 658	35,6	64,4	28,1	37,1	34,8
1955	18 567	35,2	64,8	⁴⁾ 27,5	⁴⁾ 37,7	⁴⁾ 34,8
1956	18 677	34,9	65,1	⁴⁾ 26,8	⁴⁾ 38,2	⁴⁾ 35,0
1957	18 773	34,3	65,7	⁴⁾ 26,2	⁴⁾ 38,7	⁴⁾ 35,1
1958	18 575	⁴⁾ 33,7	⁴⁾ 66,3	25,3	⁴⁾ 38,8	⁴⁾ 35,9
1959	18 550	⁴⁾ 33,6	⁴⁾ 66,4	25,1	⁴⁾ 38,4	⁴⁾ 36,5
1960	18 640	⁴⁾ 33,5	⁴⁾ 66,5	⁴⁾ 24,8	⁴⁾ 38,4	⁴⁾ 36,8
Italien						
1954	⁵⁾ 17 153	45,3	54,7	39,9	32,8	27,3
1955	⁵⁾ 18 020	45,3	54,7	38,2	33,4	28,4
1956	⁵⁾ 17 744	41,9	58,1	35,7	34,3	30,0
1957	⁵⁾ 18 332	41,2	58,8	34,2	36,6	29,2
1958	⁷⁾ 18 786	42,0	58,0	32,9	⁴⁾ 35,8	⁴⁾ 31,3
1959	⁷⁾ 19 228	41,5	58,5	33,0	⁴⁾ 36,2	⁴⁾ 30,8
1960	⁷⁾ 19 688	39,8	60,2	31,5	⁴⁾ 36,0	⁴⁾ 30,5
Luxemburg						
1954	140	34,8	65,2	23,1	42,8	34,1
1955	141	34,8	65,2	22,8	43,1	34,1
1956	144	34,3	65,7	22,2	44,0	33,8
1957	146	34,1	65,9	21,8	44,6	33,6
1958	147	34,0	66,0	21,6	44,8	33,6
1959	148	33,9	66,1	21,3	⁴⁾ 44,9	⁴⁾ 33,8
1960	149	33,8	66,2	20,9	⁴⁾ 45,1	⁴⁾ 34,0
Niederlande						
1954	3 904	24,4	75,6	12,8	41,8	45,4
1955	3 989	23,6	76,4	12,3	42,0	45,7
1956	4 070	22,9	77,1	11,8	42,1	46,1
1957	4 116	22,4	77,6	11,4	42,0	46,6
1958	4 087	22,3	77,7	11,1	41,3	47,6
1959	4 126	21,8	78,2	10,7	⁴⁾ 41,7	⁴⁾ 47,6
1960	4 195	21,3	78,7	10,3	⁴⁾ 42,2	⁴⁾ 47,5
EWG insgesamt						
1954	65 531	34,2	65,8	26,5	39,9	33,6
1955	67 283	33,7	66,3	25,5	40,6	33,9
1956	67 828	32,2	67,8	24,2	41,4	34,4
1957	69 041	31,7	68,3	23,4	42,1	34,5
1958	69 402	31,6	68,4	22,5	41,9	35,6
1959	70 056	31,3	68,7	22,2	41,9	35,9
1960	71 061	30,5	69,5	21,3	42,5	36,2

¹⁾ Nach den Berichten der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (für die Jahre 1954-1957: „Die Entwicklung der Erwerbstätigkeit in den Mitgliedstaaten“, März 1961; für die Jahre 1958-1960: „Bericht über die Entwicklung der sozialen Lage in der Gemeinschaft“, August 1961). — ²⁾ Einschl. der mithelfenden Familienangehörigen. — ³⁾ Infolge einer Revision der Erwerbstätigenstatistiken sind die Zahlen ab 1958 mit den vorhergehenden nicht voll vergleichbar. — ⁴⁾ Zum Teil geschätzt. — ⁵⁾ 8. Mai. — ⁶⁾ 21. April. — ⁷⁾ 20. Oktober; ohne die vorübergehend im Ausland beschäftigten Arbeitnehmer (1958: 465 000, 1959: 434 000, 1960: 497 000).

gang der Zahl der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft, zusammen. Die Zunahme der Erwerbstätigenzahl in den nichtlandwirtschaftlichen Bereichen verteilte sich in der EWG insgesamt ziemlich gleichmäßig auf das produzierende Gewerbe und den Dienstleistungssektor.

Bei regionaler Betrachtung lassen sich verschiedene charakteristische Unterschiede, aber auch gemeinsame Tendenzen in den Mitgliedsländern feststellen. Die Verminderung des Anteils der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen sowie der Rückgang der Zahl der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft zeigen sich in allen EWG-Ländern. Am stärksten war dieser Rückgang in Italien, das trotzdem 1960 noch einen beträchtlich über dem Durchschnitt der EWG liegenden Anteil an Selbständigen (40 vH) sowie an Erwerbstätigen in der Landwirtschaft (32 vH) aufzuweisen hatte. Etwa dem Durchschnitt entsprach der Anteil der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft in Frankreich (25 vH) und Luxemburg (21 vH), während er in der Bundesrepublik (14 vH), vor allem aber in den Niederlanden (10 vH) und in Belgien (8 vH) erheblich niedriger war. Das produzierende Gewerbe hatte 1960 den höchsten Anteil in der Bundesrepublik und in Belgien (jeweils 48 vH) sowie in Luxemburg (45 vH). Ihr Anteil in den Niederlanden entsprach mit 42 vH etwa dem Durchschnitt, während er in Frankreich und Italien mit jeweils 38 vH darunter blieb. Größer als im produzierenden Gewerbe sind die regionalen Unterschiede bei den Dienstleistungen, wenn auch die Anteile der Erwerbstätigen in diesem Wirtschaftszweig in den einzelnen Ländern bei weitem nicht so stark voneinander abweichen wie in der Landwirtschaft. Den geringsten Anteil an Erwerbstätigen im Dienstleistungsbereich hatte 1960 Italien (30 vH), am höchsten war er in den Niederlanden (48 vH) und nur wenig niedriger in Belgien (44 vH). bei einem Durchschnitt von 36 vH, auf dessen Höhe sich ungefähr die entsprechenden Anteile in der Bundesrepublik, in Frankreich und Luxemburg hielten. Nur in den Niederlanden beanspruchte der Dienstleistungssektor den größten Teil der Erwerbstätigen, während in allen übrigen EWG-Ländern der Hauptanteil auf das produzierende Gewerbe entfiel.

Die Bedeutung der strukturellen Veränderungen für die Liberalisierung des Arbeitsmarktes

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß zwischen den einzelnen Ländern der EWG gegenwärtig noch immer nicht unerheblichen Unterschiede der Wirtschaftsstruktur bestehen, die einen intensiven Arbeitskräfteausgleich nahelegen werden. Wie schon bisher kommt dabei als Abgabeland hauptsächlich Italien in Frage. Die Veränderungen der Wirtschaftsstruktur in den letzten Jahren, die sich in den einzelnen Ländern zwar in gleicher Richtung, aber in unterschiedlichem Tempo vollzogen haben, wirken jedoch tendenziell auf eine Abschwächung der bestehenden Unterschiede hin. Mit der fortschreitenden Industrialisierung Italiens ist mit einer weiteren, wenn auch langsamen Angleichung der Wirtschaftsstruktur dieses Landes an die der übrigen EWG-Länder zu rechnen. (Von den erheblichen regionalen Unterschieden der Wirtschaftsstruktur innerhalb Italiens muß im Rahmen dieser Untersuchung abgesehen werden, da es sich hier um die Frage der Mobilität über die Landesgrenzen hinweg handelt.) Mit der Ausweitung der Beschäftigungsmöglichkeiten im Inlande verringert sich die Neigung auszuwandern. Andererseits könnten im Zusammenhang mit der zunehmenden Bereitschaft der italienischen Frauen, eine berufliche Tätigkeit auszuüben, weitere Arbeitskraftreserven erschlossen werden. 1954 hatte innerhalb der EWG Italien mit 24 vH den niedrigsten Anteil der Frauen an der Zahl der Erwerbstätigen, 1960 war dieser Anteil mit 28 vH bereits höher als in den Niederlanden. Allerdings wird die Mobilität der weiblichen Arbeitskräfte, insbesondere wenn es sich um die Aufnahme einer Beschäftigung im Ausland handelt, stärker durch familiäre Bindungen gehemmt als die der männlichen.

Für die nächsten Jahre ist mit einer weiteren Zunahme der Verflechtung der nationalen Arbeitsmärkte innerhalb der EWG zu rechnen. Über ihr Ausmaß im einzelnen entscheiden neben den rechtlichen Bedingungen, unter denen sich zwischenstaatliche Wanderungsbewegungen vollziehen können, nicht zuletzt Unterschiede im konjunkturellen Expansionsrhythmus zwischen den Partnerländern.

Zur Entwicklung der Industrie in der Bundesrepublik

Der arbeitstägliche Produktionsindex der westdeutschen Industrie¹⁾ ist nach vorläufiger Berechnung des Statistischen Bundesamtes im Juni auf 286 (1950 = 100) gestiegen. Gegenüber dem Vormonat bedeutet dies eine Erhöhung um 2,1 vH, die wesentlich über das saisonübliche Maß hinausgeht. In den letzten elf Jahren betrug die durchschnittliche Belebung von Mai auf Juni nur 0,2 vH. Da dieser Durchschnitt im Juni des Vorjahres — nach der korrigierten Indexberechnung auf Basis einer Arbeitswoche von 5,2 Tagen — mit einer ähnlich extremen Abnahme von 2,0 vH unterschritten wurde, ergibt sich rein rechnerisch für den Berichtsmonat eine ungewöhnlich hohe Wachstumsrate der industriellen Produktion von 7,5 vH gegenüber dem vergleichbaren Vorjahresniveau.

Es wäre jedoch verfehlt, aus diesem Ergebnis bereits den Durchbruch eines konjunkturellen Auftriebs abzulesen zu wollen, auch wenn — oder gerade weil — diese vorwiegend statistische Wachstumsbeschleunigung in beinahe allen Industriezweigen und natürlich, zwar gemäßigter, im Ergebnis des Quartalsdurchschnitts zum

Ausdruck kommt. Vielmehr deutet eine Reihe von Faktoren darauf hin, daß verschiedene Sondereinflüsse und Veränderungen im Saisonverlauf zu dieser kaum von Bestand bleibenden Beschleunigung beigetragen haben. So mußten infolge der widrigen Witterungseinflüsse in diesem Frühjahr Außerarbeiten zum großen Teil zurückgestellt werden, deren Nachholen die saisonale Frühjahrsbelebung insbesondere in den bauabhängigen Industriebereichen — wie der Industrie der Steine und Erden, der Flachglasindustrie oder der Sägewerke — zur Jahresmitte hin verschoben hat.

Von stärkerer Bedeutung dürfte jedoch der Tatbestand gewesen sein, daß der Berichtsmonat mit fünf Sonnabenden und den Feiertagen zu Pfingsten und Fronleichnam in der arbeitstäglichen Berechnung des Bundesamtes mit 1,6 Arbeitstagen weniger angesetzt worden ist als der Juni des Vorjahres. Bei gleicher kalendermonatlicher Erzeugung würde dies allein eine arbeitstägliche Wachstumsrate von reichlich 7 vH bringen. Es ist eine leider nicht zu umgehende Schwäche der arbeitstäglichen Berechnung, daß sie die Fehlerquellen nicht zu eliminieren vermag, die dadurch entstehen, daß die im Akkordlohn beschäftigten Arbeits-

¹⁾ Bundesgebiet ohne Saarland und West-Berlin, Industrie ohne Bauhauptgewerbe und ohne Energieversorgungsbetriebe.

Wachstumsraten der arbeitstäglichen Industrieproduktion in der Bundesrepublik 1)

Steigerung in vH gegenüber dem gleichen Vorjahrszeitraum 2)

Industriebereich	1961				1962		
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj. 3)	Juni 3)
Bergbau	2,0	3,4	2,1	4,7	1,3	2,0	6,1
darunter: Kohlenbergbau	0,8	3,4	-0,9	2,5	0,0	0,0	6,0
Verarbeitende Industrie	10,3	6,8	3,6	3,9	1,5	5,0	7,6
davon:							
Grundstoff- und Produktionsgüterindustr.	9,8	6,7	3,0	3,0	1,5	6,3	9,5
darunter: Ind. der Steine und Erden . .	17,0	6,1	7,1	7,3	-6,2	6,6	12,1
Eisenschaffende Industrie	3,8	2,5	-5,0	-6,3	-7,3	-3,6	0,8
NE-Metallindustrie	12,2	6,7	-1,3	-7,9	-7,1	-5,9	-2,8
Chemische Industrie	9,4	7,3	4,3	7,6	8,0	13,4	15,1
Mineralölverarbeitung	27,2	29,6	23,5	9,5	7,8	14,6	18,6
Investitionsgüterindustrien	14,8	10,4	5,0	4,4	1,1	2,4	4,8
darunter: Maschinenbau	15,0	12,5	8,5	7,2	3,1	1,6	4,6
Fahrzeugbau	11,3	6,8	2,3	0,9	0,9	5,0	7,1
Elektrotechnische Industrie	19,9	13,6	4,6	6,2	2,2	3,5	6,3
EBM-Industrie	12,0	7,2	2,0	3,2	-0,4	2,2	5,0
Verbrauchsgüterindustrien	7,9	5,2	1,5	3,9	3,7	6,3	8,1
darunter: Ledererzeugende Industrie . .	6,6	8,8	2,7	0,8	0,0	-3,3	0,0
Schuhindustrie	1,5	-3,4	4,8	4,8	3,1	7,6	13,7
Textilindustrie	1,7	2,3	-4,9	0,0	0,6	3,4	4,1
Nahrungs- und Genußmittelindustrien . .	6,4	3,3	4,8	4,0	2,0	6,9	9,7
Gesamte Industrie 1)	10,3	6,7	3,7	4,1	2,0	4,8	7,5

1) Bundesgebiet ohne Saarland und West-Berlin; Industrie ohne Bauhauptgewerbe und Energieversorgungsbetriebe. — 2) Für 1962 nach der korrigierten Indexberechnung auf Basis einer Arbeitswoche von 5,2 Tagen. — 3) Errechnet nach den vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten, zum Teil noch vorläufigen Indexzahlen.

kräfte ihre Produktionsleistung größten Teils auf einen möglichst gleichmäßigen Wochenverdienst ausrichten. Sie sind in der Regel bemüht, auch bei einer durch Feiertage verkürzten Arbeitswoche — und das gilt zum Teil auch für den arbeitsfreien Sonnabend — durch entsprechende Vorarbeit trotzdem auf ihre durchschnittliche Wochenleistung zu kommen. In Monaten mit einer überdurchschnittlichen Zahl von Feiertagen muß dies zu einem erhöhten Produktionsergebnis je Arbeitstag führen. Daß es sich hier nicht nur um einen nebensächlichen Einfluß handelt, geht daraus hervor, daß nach Angaben der Gewerkschaften fast zwei Drittel der in der Industrie beschäftigten Arbeiter leistungsbezogen entlohnt werden.

In gleicher Richtung dürfte der Einfluß gewirkt haben, der von der steigenden Zahl jener Unternehmen ausgeht, die ihre Erzeugung in den Sommermonaten durch Betriebsferien unterbrechen und den Produktionsausfall über vorzeitige Mehrleistung auszugleichen suchen.

Im Durchschnitt des ersten Halbjahrs lag die Wachstumsrate der arbeitstäglichen Industrieproduktion mit 3,3 vH noch immer unter der der zweiten Hälfte des Vorjahres und war nicht einmal halb so groß wie die in der ersten Hälfte erreichte von 8,2 vH. Dabei liegen zur Zeit die konjunkturtragenden Kräfte nach wie vor vornehmlich im Verbrauchsgütersektor, wo die Kunststoffverarbeitung, aber auch die Schuh- und Bekleidungsindustrie die positivste Entwicklung verzeichnen. In jüngster Zeit scheint sich auch in der Textilindustrie eine leichte Produktionsbelebung anzubahnen.

Demgegenüber droht die Expansionskraft der Investitionsgüterindustrien mit einer durchschnittlichen Fortschrittsrate von 1,7 vH im ersten Halbjahr praktisch zum Erliegen zu kommen (1961: erstes Halbjahr 12,4 vH; zweites Halbjahr 4,7 vH). Lediglich im Fahrzeugbau und mit gewissen Einschränkungen in der Elektroindustrie belebte sich in jüngster Zeit die Produktion etwas, in allen anderen Investitionsgüterbereichen verläuft die Entwicklung dagegen mehr oder weniger enttäuschend.

Im Grundstoff- und Produktionsgütersektor zeichnen sich zwar einige Impulse ab, die vor allem in einer wieder beschleunigten Produktionsausdehnung der chemischen Industrie, der Mineralölverarbeitung und

der bauabhängigen Bereiche Steine und Erden und Flachglasindustrie ihre Wurzel haben. Andererseits beharrt jedoch der ganze NE-Metallsektor sowie der Eisen- und Stahlbereich nach wie vor in Stagnation, auch wenn die Spanne, um die das diesjährige Produktionsvolumen hinter dem vergleichbaren Vorjahrsniveau zurückgeblieben ist, sich vor allem in der eisenschaffenden Industrie ständig verringert hat. Solange jedoch der seit fast einem Jahr anhaltende Abbau der Walzstahlbestände bei den Verarbeitern nicht zum Stillstand kommt — und das dürfte bei der bescheidenen Entwicklung der Investitionsgüterproduktion kaum vor Jahresende zu erwarten sein —, ist mit einer nachhaltigen Produktionsbelebung in diesem Bereich nicht zu rechnen.

Auch auf der Nachfrageseite sind expansive Impulse, die konjunkturell zu einer anhaltenden Belebung führen können, nicht zu erkennen. Beim Auftragsengang hat sich die im April und Mai angedeutete Verstärkung der Nachfrage im Berichtsmonat nicht fortgesetzt. Der Ordereingang in der Verarbeitenden Industrie ist im Gegenteil um 4 vH unter das vergleichbare Vorjahrsniveau gesunken, nachdem er es in den beiden vorangegangenen Monaten erstmals seit fast einem Jahr wieder überschritten hatte. Die Investitionsgüterindustrien hatten auch hier die stärkste Schrumpfung mit -10 vH im Vorjahrsvergleich zu verzeichnen. Vor allem im Maschinenbau blieb der Auftragsengang um 20 vH unter dem Vorjahrsniveau wie unter den gleichzeitigen Umsätzen, so daß sich der Abbau der Auftragsbestände hier weiter beschleunigt hat. Auch im Grundstoffbereich ist der Ordereingang des Berichtsmonats im Vorjahrsvergleich negativ ausgefallen (-2,1 vH). Lediglich in der Verbrauchsgüterindustrie war der Bestelleingang mit einem Zuwachs von 7,2 vH gegenüber dem Vorjahr befriedigend.

Wenn auch die Nachfrage auf dem Verbrauchsgütersektor vorerst einen weiter günstigen Produktionsverlauf erwarten läßt, so kann sie das Wachstum doch nicht tragen. Vielmehr wird mit geringeren Wachstumsraten in der Einkommensbildung auch beim privaten Verbrauch der Auftrieb schwächer. Bei nachlassender Investitionsneigung können nachhaltige Impulse in der gegenwärtigen Situation wohl nur von der öffentlichen Hand erwartet werden.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin-Dahlem, Königin-Luise-Str. 5 u. Bonn, Koblenzer Str. 170.
Präsident: Prof. Dr. Dr. h. c. Ferdinand Friedensburg. *Abteilungsleiterkollegium*: Dr. Gerhard Abeken, Dr. Klaus Dieter Arndt, Dr. Ingeborg Köbler-Rieckenberg, Dr. Rolf Krengel, Dr. Hans Liebe, Dr. Herbert Martell, Prof. Dr. Joachim Tiburtius.

Schriftleitung: Dr. Hans Liebe, Berlin-Frohnau, Edelhofdam 36, in Vertretung: Dr. Dieter Hfß. Verlag: Duncker & Humblot, Berlin-Lichterfelde, Geranienstr. 2. Druck: Buch- und Kunstdruckerei Gustav Ahrens, Berlin N 65, Friedrich-Krause-Ufer 24. Alle Rechte vorbehalten. Printed in Germany. Bezugspreis für den Jahrgang (einschließlich Zustellung im Inland) DM 32,—, halbjährlich DM 17,—, vierteljährlich DM 9,—.